Beschluss-Protokoll

über die 31. öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 19.02.2015 im Kolpinghaus, Am Rinnentor 46, 64625 Bensheim

Beginn: 18:12 Uhr

Anwesend sind:

Stadtverordneter Ameis, Henning Stadtverordnete Deppert, Christine Stadtverordneter Dorsheimer, Ralf Stadtverordneter Emig, Bernd Heimann, Carola Stadtverordnetenvorsteherin Heinz, Tobias Stadtverordneter Stadtverordnete Jackstein. Petra Stadtverordnete Landau, Monika Stadtverordnete Schich-Kiefer, Ingrid

Stadtverordneter Dr. Schwabenland, Rolf (Bis TOP 11)

Stadtverordneter Dr. Schwalbach, Peter

Stadtverordneter Torre, Carmelo
Stadtverordneter Weißmüller, Marco
Stadtverordneter Winkler, Edmund
Stadtverordneter Woißyk, Markus
Stadtverordneter Ahlheim, Rainer
Stadtverordneter Bauer, Werner

Stadtverordneter Dr. Brückner, Klaus (Ab TOP 4)

Stadtverordneter Dr. Johannsen, Wolfgang (Bis TOP 11)

Stadtverordneter Manich, Kurt
Stadtverordnete Mauch, Marianne
Stadtverordneter Sydow, Michael
Stadtverordneter Thoma, Philipp

Stadtverordnete Wagenknecht, Brigitte Stadtverordneter Volprecht, Rudolf

Stadtverordneter Dr. Zimmermann, Hans-Peter

Stadtverordnete Adam, Antje
Stadtverordneter Fendler, Wolfram
Stadtverordneter von Fumetti, Christoph
Stadtverordneter Dr. Götz, Thomas

Stadtverordnete Kirsch-Wohlfarth, Gundula

Stadtverordneter Klamand, Holger Stadtverordneter Kredel, Jochen Stadtverordneter Müller, Moritz Stadtverordnete Sterzelmaier, Doris

Stadtverordneter Wüstner, Hanns-Christian

Stadtverordneter Apfel, Franz

Stadtverordneter Koller, Norbert (Ab TOP 5)

Stadtverordneter Uhde, Joachim Stadtverordneter Leisemann, Peter Stadtverordnete Manteuffel, Angela Stadtverordneter Müller-Falcke, Günther Stadtverordnete Kaplan-Reiterer, Hildegard

Stadtverordneter Steinert, Holger

Magistrat

Bürgermeister Richter, Rolf

Sachwitz, Helmut

Oyan, Adil Roeder, Oliver Seibert, Hans Wahlig, Bernhard Ottiger, Waltrud Kalb, Peter E. Bauer, Norbert Born, Andreas

Ausländerbeirat Kyprianidis, Evangelos

Entschuldigt: Geißelmann, Markus

Verwaltung Manlik, Nadine

Schriftführer Swatschina, Benjamin

Punkt 1)	Mitteilungen und Berichte	
Punkt 1.a)	Mitteilungen und Berichte der Stadtverordnetenvorsteherin	
Punkt 1.b)	Mitteilungen und Berichte des Ausschussvorsitzenden	
Punkt 1.c)	Abgabe von persönlichen Erklärungen der Stadtverordneten oder Magistratsmitglieder	
Punkt 2)	Mitteilungen und Berichte des Magistrats gemäß § 50 Abs. 3 HGO	
Punkt 3.a)	Resolution für Demokratie, Weltoffenheit und Vielfalt	

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bensheim beschließt folgende Resolution:

Für Demokratie, Weltoffenheit und Vielfalt! Flüchtlinge sind willkommen!

Wir sind erschüttert und traurig über die hasserfüllten und gewalttätigen Terroranschläge von Paris. Unser tiefes Mitgefühl gilt den Angehörigen der Opfer. Der Angriff auf unsere demokratischen Grundwerte verlangt nach umsichtigen Reaktionen, die von einer wertebezogenen Politik geprägt werden.

Wir treten für eine demokratische und weltoffene Gesellschaft ein und bekennen uns zu den in der Verfassung festgeschriebenen Grundrechten, die unabhängig von Geschlecht, Herkunft und religiöser oder politischer Anschauung für alle Menschen gelten.

Wir stehen gemeinsam dafür ein, dass jede und jeder Einzelne das Recht hat, seine Meinung frei zu äußern, ohne um sein Leben fürchten zu müssen. Wir können es ertragen, wenn wir unterschiedlicher Auffassung sind, wenn wir kontrovers diskutieren, wenn wir streiten. Nicht ertragen können wir es, wenn die Meinungsfreiheit unterdrückt und Andersdenkende mundtot gemacht werden sollen.

Wir achten, wahren und schützen die Würde und die Rechte aller Menschen und respektieren uns in unserer Vielfalt.

Wir sind bereit, gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen, besonders für Menschen, die vor Krieg und politischer, religiöser oder ethnischer Verfolgung, vor Hunger und bitterer Armut, vor Umweltzerstörung und vor brutalen Menschenrechtsverletzungen in ihrer Heimat fliehen müssen. Flüchtlinge suchen Schutz, Sicherheit, Freiheit und eine menschenwürdige Zukunft. Sie brauchen unsere Anteilnahme und Solidarität – nicht Misstrauen und Ablehnung!

Das Schüren von diffusen Ängsten vor einer angeblichen Überfremdung in unserem Land, eine nationale Abschottung und fremdenfeindliche Bewegungen lehnen wir strikt ab. Wer mit Ängsten spielt, Intoleranz predigt oder Fremdenfeindlichkeit schürt, für den haben wir kein Verständnis, dem werden wir im Rahmen der Rechtsstaatlichkeit entgegentreten!

Hass, Fanatismus, Fundamentalismus und Gewalt haben in einer weltoffenen Gesellschaft keinen Platz!

Wir wehren uns gegen jede Form von Ausgrenzung, Rassismus und Menschenverachtung.

Wir engagieren uns für ein kulturelles Miteinander, gegen Fremdenhass und für Respekt.

Wir werben für offene Herzen und eine Gesellschaft in Vielfalt.

Wir sagen JA zur Freiheit des Wortes und der Meinung.

Wir sagen JA zu unserer gesellschaftlichen Vielfalt.

Wir sagen NEIN zur Gewalt.

Wir sagen NEIN zur gesellschaftlichen Ausgrenzung.

Der Beschluss wird gefasst mit: 40 Ja-Stimmen, 01 Nein-Stimmen, 01 Enthaltungen, mehrheitlich angenommen

Punkt Schreiben des Stadtverordneten Dr. Brückner bzgl. der Resolution 3.b) für Demokratie, Weltoffenheit und Vielfalt

Anmerkung: Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

Punkt Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion zum Antrag der SPD-Fraktion 4.a) bzgl. "Internet Hochgeschwindigkeitsanbindung"

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

- Der Magistrat wird beauftragt, die Ausbaupläne nach Maßgabe seiner Möglichkeiten umgehend der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.
- Der Magistrat wird beauftragt Bürgern und Unternehmen über den Zeitpunkt ihrer möglichen Neuanschlüsse auf der Grundlage dieser Ausbaupläne umgehend zu informieren.

Der Beschluss wird gefasst mit: 10 Ja-Stimmen, 30 Nein-Stimmen, 02 Enthaltungen, mehrheitlich abgelehnt

Punkt Antrag der SPD-Fraktion bezüglich "Internet 4.b) Hochgeschwindigkeitsanbindung"

Beschluss:

Der Magistrat prüft die Möglichkeiten zum beschleunigten Ausbau einer Hochgeschwindigkeits-Internetversorgung im gesamten Stadtgebiet.

Insbesondere ist zu prüfen, wie das Ziel einer flächendeckenden Versorgung mit 50 Mbit/s beschleunigt zu erreichen ist und unter welchen organisatorischen und finanziellen Bedingungen die beiden folgenden Varianten umzusetzen wären:

- Beteiligung am Städtebund IKbit
- Vertrag mit der Telekom und/oder anderen Anbietern

Weitere, hier nicht genannte, aber realisierbare Varianten können berücksichtigt werden.

Der Beschluss wird gefasst mit: 14 Ja-Stimmen, 27 Nein-Stimmen, 02 Enthaltungen, mehrheitlich abgelehnt

Punkt Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion zum Antrag der SPD-Fraktion 5.a) bzgl. "Bürgerbeteiligung Bauplanung"

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt eine Aufwandsprüfung für:

- die aktive Kommunikation dieser Möglichkeiten in die Bürgerschaft hinein
- die Modifizierung der Internetseite, damit die Möglichkeit leicht auffindbar ist
- eine Strukturierungshilfe in der aufrufbaren Email
- eine Auswertung der Erfahrungen
- eine bedarfsgerechte Nachsteuerung des Angebots
- Verstetigung der Ergebnisse für weitere Beteiligungsmöglichkeiten im Sinne von "Leitlinien für Bürgerbeteiligung in Bensheim"

Der Beschluss wird gefasst mit: 11 Ja-Stimmen, 33 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich abgelehnt

Punkt Antrag der SPD-Fraktion bezüglich "Bürgerbeteiligung 5.b) Bauplanung"

Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, die Nutzung des Internets für auszulegende Dokumente im Rahmen der Genehmigung von Bebauungsplänen zu prüfen. Gleichfalls ist die Möglichkeit der Kommentierung der ausgelegten Dokumente seitens der Bürgerschaft via Email zu prüfen. Zu den bereitzustellenden Dokumenten gehören im Grundsatz alle nach dem Baurecht auszulegenden Unterlagen wie bspw. Planzeichnungen, Begründungen, Taxonomien, Schalltechnische Untersuchungen, Umweltrelevante Stellungnahmen etc.

Die Einbeziehung der Internetseiten des Kreises (BürgerGIS) ist zu berücksichtigen.

Die Prüferergebnisse – mindestens zwei alternative Umsetzungsrahmen und zugehörige Kosten – sind dem Bauausschuss vor der Sommerpause 2015 vorzulegen.

Der Beschluss wird gefasst mit: 11 Ja-Stimmen, 33 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich abgelehnt

Punkt 6.a)

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und GLB zum Antrag der BfB-Fraktion bezüglich "Zusammenarbeit zwischen Stadt Bensheim, dem Kreis Bergstraße und der Denkmalschutzbehörde um eine Sanierung der unter Denkmalschutz stehenden Gebäude am Marktplatz zu erreichen"

Anmerkung: Stv. Bauer verlässt für die Beratung und Beschlussfassung den Saal (§ 25 HGO). Stve. Schich-Kiefer war zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht anwesend.

Beschluss:

Angesichts des von außen erkennbaren Verfalls der denkmalgeschützten Häuser Marktplatz 2 und 3 in Bensheim und der vergeblichen Bemühungen des Magistrats eine Verbesserung der Situation auf kooperativem Weg zu erreichen, bittet die Stadtverordnetenversammlung den Kreis Bergstraße, aufgrund seiner Zuständigkeit für den Denkmalschutz, seine Möglichkeiten zu nutzen, sich Zutritt zu den Gebäuden zu verschaffen, Anordnungen zu treffen und gegebenenfalls eigene Maßnahmen zu ergreifen, um einen weiteren Verfall zu verhindern und den Erhalt der Gebäude dauerhaft zu sichern.

Der Beschluss wird gefasst mit: 42 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, einstimmig angenommen

Punkt 6.b)

Antrag der BfB-Fraktion bezüglich "Zusammenarbeit zwischen Stadt Bensheim, dem Kreis Bergstraße und der Denkmalschutzbehörde um eine Sanierung der unter Denkmalschutz stehenden Gebäude am Marktplatz zu erreichen"

Anmerkung: Aufgrund der Zustimmung zum Änderungsantrag (Punkt 6.a) war eine weitere Abstimmung nicht erforderlich.

Beschluss:

- 1. Der Magistrat setzt sich mit der Kreisbauaufsicht und der Denkmalbehörde in Verbindung, mit dem Ziel den Zutritt zu den unter Denkmalschutz stehenden Gebäuden Marktplatz 2 und 3 polizeilich zu erwirken. Dieser Zutritt der Fachbehörden ist erforderlich, um zu klären, ob der Eigentümer seinen Verpflichtungen nach § 11 des Gesetzes zum Schutz der Kulturdenkmäler nachkommt (Denkmalschutzgesetz) oder ob eine Gefährdung der Kulturdenkmäler eingetreten ist oder in Kürze eintritt.
- 2. Nach Besichtigung der unter Denkmalschutz stehenden Gebäude ist gegebenenfalls zu prüfen, ob der Magistrat in Zusammenarbeit mit dem Kreis Bergstraße und den Denkmalbehörden Maßnahmen im Sinne von § 12

- Denkmalschutzgesetz zur Durchsetzung der Erhaltung (z.B. Instandsetzungsgebot bzw. ein Instandsetzungsvertrag) durchzuführen hat.
- 3. Vor einer Entscheidung über das weitere Verfahren ist der Bau-, Umwelt- und Planungsausschuss und der Haupt- und Finanzausschuss über den Zustand der Kulturdenkmäler zu informieren. Dabei ist auch darzustellen, welche Kriterien die Fachbehörden bei einer Gefährdung von Kulturdenkmalen grundsätzlich anwenden und welche Maßnahmen zu treffen sind, um die Kulturdenkmale in ihrem Bestand dauerhaft zu erhalten.

Punkt Antrag der SPD-Fraktion bzgl. Antrag der BfB-Fraktion zum 7.a) "Bundeswehrdepot"

Beschluss:

Der Antrag der BfB-Fraktion bzgl. "Nutzung des stadteigenen ehemaligen Bundeswehrdepots und Prüfung zur Nutzbarkeit als Sozialzentrum" wird zur weiteren Beratung in den Bau-, Umwelt- und Planungsausschuss verwiesen.

Der Beschluss wird gefasst mit: 11 Ja-Stimmen, 31 Nein-Stimmen, 03 Enthaltungen, mehrheitlich abgelehnt

Punkt 7.b)

Antrag der BfB-Fraktion bezüglich "Nutzung des stadteigenen ehemaligen Bundeswehrdepots und Prüfung zur Nutzbarkeit als Sozialzentrum"

Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, ob im Falle der Nutzbarkeit der bestehenden Gebäude eine Ansiedlung eines Sozialzentrums analog des Kath. Sozialzentrum Viernheim möglich ist.

Der Beschluss wird gefasst mit: 44 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, einstimmig angenommen

Punkt 8) Antrag der FDP-Fraktion bezüglich "Schön-Klinik Lorsch"

Anmerkung: Der Antragssteller zieht seinen Antrag zurück.

Beschluss:

Der Magistrat der Stadt Bensheim wird beauftragt mit dem Magistrat der Stadt Lorsch und den Verantwortlichen der Schön-Klinik Lorsch Kontakt aufzunehmen und zu eruieren, ob und wenn ja, unter welchen Voraussetzungen die Ansiedlung der Klinik in Bensheim möglich und gewollt ist, voraus gesetzt, dass in Lorsch kein neuer Standort für die Klinik gefunden werden kann.

Der Beschluss wird gefasst mit: 0 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, Tagesordnungspunkt wurde zurückgezogen

Anmerkung: Stv. Stadtverordnetenvorsteher Steinert übernimmt die Sitzungsleitung.

Punkt Ergänzungsantrag der Fraktionen von CDU und GLB zum 9.a) Änderungsantrag der Fraktionen CDU und GLB bzgl. BO 58 Gärtnerweg

Anmerkung: Zu diesem Punkt wurde Einzelabstimmung beantragt.

Beschluss:

1. Die Festsetzungen auf Seite 14 der Verwaltungsvorlage 15/15 zum Teilbereich WA (a1), wird um die Möglichkeit eines Satteldaches (SD 25°-35°), analog dem Teilbereich WA (a2), ergänzt.

Der Beschluss wird gefasst mit: 29 Ja-Stimmen, 15 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich angenommen

2. Der Magistrat wird beauftragt, die zahlreichen beantragten Änderungen in den vorliegenden Entwurf einzuarbeiten und diesen erneut den städtischen Gremien zum Beschluss vorzulegen. Folglich entfällt der erste Absatz des Beschlussvorschlages der Verwaltungsvorlage 15/15.

Der Beschluss wird gefasst mit: 32 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich angenommen

3. Der Beschlussvorschlag (zweiter Absatz) zur Beteiligung der Öffentlichkeit (§3 Abs. 2 BauGB) und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§4 BauGB) wird zurückgestellt, bis der vorliegende Entwurf mit den beantragten Änderungen den städtischen Gremien zum Beschluss erneut vorgelegt wird.

Der Beschluss wird gefasst mit: 32 Ja-Stimmen, 15 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, einstimmig angenommen

Punkt Änderungsantrag der CDU- und GLB-Fration zum Bebauungsplan 9.b) BO 58 "Gärtnerweg"

Anmerkung: Zu diesem Punkt wurde Einzelabstimmung beantragt.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Entwurf des Bebauungsplanes BO 58 Gärtnerweg wird wie folgt geändert:

- 1.) Gebäude an der Meerbachstraße
- 1.a) Das geplante Staffelgeschoss wird gestrichen.

Der Beschluss wird gefasst mit: 29 Ja-Stimmen, 15 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich angenommen

1.b) Maß der baulichen Nutzung – Innerhalb des an der Meerbachstraße gelegene Baufensters sind maximal 3 Vollgeschosse zulässig. Ein zusätzliches Dachgeschoss ist nicht zulässig.

Die Gebäudehöhe wird auf 9,50 m über Erdgeschosshöhe (EFH) festgesetzt.

Die EFH ist in dem Baufenster auf 102,20 m üNN festgesetzt, die max. Gebäudehöhe beträgt somit 111,70 m üNN. Der Planzeichnung ist eine entsprechende Gebäudeansicht beizufügen.

Der Beschluss wird gefasst mit: 29 Ja-Stimmen, 15 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich angenommen

1.c) Innerhalb des an der Meerbachstraße gelegene Baufensters sind maximal 9 Wohneinheiten zulässig. (3 WE je Vollgeschoss)

Der Beschluss wird gefasst mit: 29 Ja-Stimmen, 15 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich angenommen

2.) Bebauung Doppelhäuser / Einzelhaus

2.a) Das nördliche für ein Einfamilienhaus vorgesehene Baufenster entfällt.

Der Beschluss wird gefasst mit: 0 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen,

2.b) Der vorhandene Baumbestand ist exakt einzumessen und mit Angabe der Baumart in einem Bestandsplan darzustellen. Die Lindenreihe entlang des benachbarten Sportplatzes wird erhalten. Die weiterhin vorhandenen Bäume sind weitestgehend zu erhalten. Für abgehende Bäume hat eine Ersatzpflanzung zu erfolgen.

Der Beschluss wird gefasst mit: 33 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich angenommen

2.c) Zwischen den Doppelhäusern ist an geeigneter Stelle ein öffentlicher Fußweg in Richtung Sportplatz festzusetzen. Die öffentliche Zugänglichkeit ist durch die Festsetzung und einer Sicherung eines Gehrechts im Grundbuch zugunsten der Stadt zu gewährleisten. Im städtebaulichen Vertrag ist eine entsprechende Regelung zu treffen.

Der Beschluss wird gefasst mit: 30 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich angenommen

2.d) Der für Garagen vorgesehene Bereich zwischen den Doppelhäusern soll entsprechend den Mindestgrenzabständen der HBO mindestens 6 m breit sein.

Der Beschluss wird gefasst mit: 32 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich angenommen

3.) Es wird eine Verkehrsgutachten erstellt, welches die zu erwartenden Auswirkung auf das Umfeld des Plangebietes untersucht und darstellt.

Der Beschluss wird gefasst mit: 32 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich angenommen

4.) Im städtebaulichen Vertrag ist soweit rechtlich möglich zu regeln, dass mit dem Erwerb einer Wohnung in einem der geplanten Mehrfamilienhäuser auch mindestens ein Stellplatz zu erwerben ist.

Der Beschluss wird gefasst mit: 32 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich angenommen

5.) Es sind die gleichen Festsetzungen nach § 9 (1) 23a und 23b BauGB aufzunehmen, wie sie im Bebauungsplan BSch 10 "Ober dem Gotteshäuschen" enthalten sind.

Der Beschluss wird gefasst mit: 32 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich angenommen

6.) Entwicklung des benachbarten Quartier

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob aus fachlicher Sicht in dem Gebiet südlich der Meerbachstraße zwischen Meerbach und Schwarzwaldstraße ähnlich wie im Bebauungsplangebiet BO 1 "Hemsberg" eine untergeordnete städtebauliche Entwicklung droht, die im Zuge eines Bebauungsplanes in Richtung einer behutsamen baulichen Entwicklung gelenkt werden könnte.

Der Beschluss wird gefasst mit: 32 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich angenommen

Punkt Bebauungsplan BO 58 "Gärtnerweg"

9.c) Beschluss des Entwurfs

Anmerkung: Aufgrund der Zustimmung der Änderungsanträge war eine Abstimmung nicht erforderlich.

Beschluss:

Der Entwurf des Bebauungsplanes BO 58 "Gärtnerweg" wird in der vorgelegten Form (siehe Anlage 1) beschlossen.

Die Beteiligung der Öffentlichkeit ist gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. BauGB durchzuführen.

Punkt Änderungsantrag der BfB-Fraktion bzgl. "Anpassung des

10.a) Ferienspielbeitrages im Jahr 2015 / 2016"

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der erste Absatz des Beschlussvorschlag wird folgendermaßen geändert:

"Der Beitrag für die Teilnahme an den Ferienspielen wird für das erste Kind ab dem Jahr 2015 auf 100 Euro erhöht. Die Erhöhung des Beitrages ab dem Jahr 2016 wird bis zur Haushaltsberatung 2016 zurückgestellt.

Bis dahin wird der Magistrat beauftragt mit denkbaren Spendern und Förderern Gespräche zu führen, mit dem Ziel, die erneute Anhebung des Beitrages ab 2016 zu vermeiden. Weiterhin wird die Verwaltung beauftragt, Finanzierungsalternativen zu prüfen."

Der Beschluss wird gefasst mit: 03 Ja-Stimmen, 41 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich abgelehnt

Punkt Anpassung des Ferienspielbeitrages im Jahr 2015 / 2016 10.b)

<u>Anmerkung</u>: Zu diesem Punkt wurde eine Einzelabstimmung der einzelnen Punkte beantragt. Der Erste Absatz wurde zweigeteilt.

Beschluss:

Der Beitrag für die Teilnahme an den Ferienspielen wird für das erste Kind ab dem Jahr 2015 auf 100 € ...

Der Beschluss wird gefasst mit: 30 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich angenommen

... und ab dem Jahr 2016 auf 120 € erhöht.

Der Beschluss wird gefasst mit: 26 Ja-Stimmen, 18 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich angenommen

Der Beitrag für das 2. Kind beträgt 80 €.

Der Beschluss wird gefasst mit: 30 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich angenommen

Das dritte Kind einer Familie ist frei.

Der Beschluss wird gefasst mit: 44 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, einstimmig angenommen

Kinder mit Sozialpass erhalten eine 50%ige Ermäßigung.

Der Beschluss wird gefasst mit: 44 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, einstimmig angenommen

Der Beitrag für die Frühbetreuung wird pro Woche auf 20 € erhöht.

Der Beschluss wird gefasst mit: 30 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich angenommen

Die Verwaltung wird beauftragt, Finanzierungsalternativen zu prüfen.

Der Beschluss wird gefasst mit: 44 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, einstimmig angenommen

Punkt Ergänzungsantrag der Fraktionen von CDU, GLB und BfB zu der 11.a) Verwaltungsvorlage "Eigenbetrieb Stadtkultur Bensheim; Durchführung der Volkshochschularbeit in Bensheim"

Beschluss:

Der Beschlussvorschlag betreffend "Eigenbetrieb Stadtkultur Bensheim, Durchführung der Volkshochschularbeit in Bensheim", Vorlagenummer 08/15, wird wie folgt ergänzt:

"Der Magistrat wird beauftragt, die Rückgabe der Volkshochschularbeit an den Kreis Bergstraße vorzubereiten und hierzu ein Konzept zu erstellen, wenn dies sich wirtschaftlich sinnvoll auf den städtischen Haushalt auswirkt. Das Konzept soll der Stadtverordnetenversammlung rechtzeitig für eine Kündigung vorgelegt werden und eine bruchlose Fortsetzung der Volkshochschularbeit durch den Kreis Bergstraße in Bensheim ermöglichen."

Der Beschluss wird gefasst mit: 29 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, mehrheitlich angenommen

Punkt Eigenbetrieb Stadtkultur Bensheim; Durchführung der 11.b) Volkshochschularbeit in Bensheim

Beschluss:

Die öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit dem Kreis Bergstraße über die Durchführung der Volkshochschularbeit in Bensheim wird zunächst um ein Jahr bis zum 30.06.2016 verlängert. Sie verlängert sich automatisch um je ein weiteres Jahr, wenn nicht 12 Monate vor Ablauf der Vertragslaufzeit gekündigt wird.

Der Beschluss wird gefasst mit: 42 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, einstimmig angenommen

Anmerkung: Stadtverordnetenvorsteherin Heimann übernimmt die Sitzungsleitung.

Punkt Verleihung einer Ehrenbezeichnung gemäß § 28 Abs. 2 HGO i.V.m. 12) § 5 Abs. 4 der Hauptsatzung der Stadt Bensheim an Herrn Wilhelm

Plaschke – Stadtbrandinspektor der Stadt Bensheim -

Beschlussvorschlag:

- 1. Herrn Wilhelm Plaschke, Stadtbrandinspektor der Stadt Bensheim, wird gemäß der Hauptsatzung der Stadt Bensheim die Ehrenbezeichnung "Ehrenstadtbrandinspektor" verliehen.
- 2. Abweichend von den Bestimmungen der Hauptsatzung wird die Verleihung an Herrn Plaschke im Rahmen der Jahreshauptversammlung aller Freiwilligen Feuerwehren am 13.03.2015 vorgenommen.

Der Beschluss wird gefasst mit: 42 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, einstimmig angenommen

Punkt Eigenbetrieb Kinderbetreuung:

13) hier: Bestellung eines Wirtschaftsprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses 2014 sowie zur Erstellung der Steuererklärung 2014

Beschluss:

Der Kanzlei Willitzer Baumann Schwed wird auf Grundlage des Angebotes vom 08.12.2014 die Prüfung des Jahresabschlusses 2014 sowie die Erstellung der Steuererklärung 2014 des Eigenbetriebs Kinderbetreuung Bensheim übertragen.

Die Prüfungskosten betragen nach dem vorliegenden Angebot insgesamt 6.364 € brutto und stehen im Wirtschaftsplan zur Verfügung.

Der Beschluss wird gefasst mit: 39 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 03 Enthaltungen, einstimmig angenommen

Punkt Benennung der zukünftigen Erschließungsstraßen im Gewerbegebiet "Stubenwald II" (BW 57)

Beschluss:

Die im beiliegenden Plan braun dargestellte Erschließungsstraße im Gewerbegebiet "Stubenwald II" (BW 57) erhält die Bezeichnung "Bertha-Benz-Straße". Die rot dargestellte Erschließungsstraße erhält die Bezeichnung "Sophie-Opel-Straße".

Der Beschluss wird gefasst mit: 39 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 03 Enthaltungen, einstimmig angenommen

Punkt Benennung der zukünftigen Erschließungsstraße im Baugebiet "Im 15) Mühltal" (BH 10) in Bensheim-Hochstädten

Beschluss:

Die im beiliegenden Plan rot dargestellte Erschließungsstraße im Baugebiet "Im Mühltal" (BH 10) erhält die Bezeichnung "Josef-Sartorius-Straße". Auf einem Unterschild soll folgender Text stehen:

14. September 1938 – 9. Januar 2011 Ortsvorsteher 1993 - 2000

Der Beschluss wird gefasst mit: 42 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, einstimmig angenommen

Punkt Benennung der zukünftigen Erschließungsstraße im Baugebiet 16) "Am alten Mühlgraben" (BWi 10) in Bensheim-Wilmshausen

Beschluss:

Die im beiliegenden Plan gelb dargestellte Erschließungsstraße im Baugebiet "Am alten Mühlgraben" (BWi 10) erhält die Bezeichnung "Siegurd-Rascher-Straße". Auf einem Unterschild soll folgender Text stehen:

20. Mai 1946 – 9. September 2000 Ortsvorsteher 1985 - 2000 Der Beschluss wird gefasst mit: 42 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, einstimmig angenommen

Punkt 17) Gestaltung der Stimmzettel für die Kommunalwahl 2016

Beschluss:

Auf die Aufnahme zusätzlicher Angaben zu den Bewerbern auf den Stimmzetteln für die Wahl zur Stadtverordnetenversammlung und für die Wahl der Ortsbeiräte im Jahr 2016 wird verzichtet.

Für jeden Wahlvorschlag enthalten die Stimmzettel lediglich die gesetzlich zwingend vorgesehenen Angaben wie den Namen und die Kurzbezeichnung der Partei oder Wählergruppe sowie die Rufnamen und Familiennamen der Bewerber.

Der Beschluss wird gefasst mit: 42 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen, einstimmig angenommen

Punkt Anfrage der BfB-Fraktion bezüglich "Pakt für den Nachmittag an Grundschulen und dessen Umsetzung an Bensheimer

Grundschulen"

Anmerkung: Die Anfragebeantwortung wurde zur Kenntnis genommen.

Punkt Anfrage der BfB-Fraktion bezüglich "Kündigung der 19) Räumlichkeiten im Haus am Markt durch die Radeberger Gruppe und die Weitervermietung"

Anmerkung: Die Anfragebeantwortung wurde zur Kenntnis genommen.

Punkt Anfrage der FDP-Fraktion bezüglich "Erwartung 20) Gewerbesteuereinnahmen durch die 15 größten Gewerbesteuerzahler Bensheims für 2015"

Anmerkung: Die Anfragebeantwortung wurde zur Kenntnis genommen.

Punkt Anfrage der FWG-Fraktion bezüglich "Paten für Ausbildung (Pfau) der Städte Bensheim und Zwingenberg"

Anmerkung: Die Anfragebeantwortung wurde zur Kenntnis genommen.

Punkt Anfrage der FWG-Fraktion bezüglich "Frauenbüro der Stadt Bensheim" 22) Anmerkung: Die Anfragebeantwortung wurde zur Kenntnis genommen. Punkt Anfrage der SPD-Fraktion bezüglich "Straßenmobiliar zwischen Bachgasse und Otto-Beck-Straße in Auerbach" 23) Anmerkung: Die Anfragebeantwortung wurde zur Kenntnis genommen. Punkt Anfrage der BfB-Fraktion bezüglich "Alternativen zur Vollsperrung 24) der Kreisstraße K 67 zwischen Fehlheim und Schwanheim" Anmerkung: Die Anfragebeantwortung wurde zur Kenntnis genommen. **Punkt** Anfrage der SPD-Fraktion bezüglich "Öffentlich geförderter Wohnungsbau in Bensheim" 25) Anmerkung: Die Anfragebeantwortung wurde zur Kenntnis genommen. **Punkt** Anfrage der FDP-Fraktion bezüglich "Fremdwährungskredite" 26) Anmerkung: Die Anfragebeantwortung wurde zur Kenntnis genommen. Punkt Anfrage der BfB-Fraktion bzgl. "Fuß- und Radwegeverbindung von der Friedhofstraße zur Heidelberger Straße" 27) Anmerkung: Die Anfragebeantwortung wurde zur Kenntnis genommen. **Punkt** Anfrage der FDP-Fraktion bzgl. "Neubau von zwei Minaretten" 28) <u>Anmerkung</u>: Die Anfragebeantwortung wurde zur Kenntnis genommen. **Punkt** Anfrage der FDP-Fraktion bzgl. Rückbau provisorische Kreisverkehrsanlage Schwanheimer Straße / An der Hartbrücke 29)

Anmerkung: Die Anfragebeantwortung wurde zur Kenntnis genommen.

Punkt Anfrage der FDP-Fraktion bezüglich "Umsetzung des Hessischen Spielhallengesetzes"

Anmerkung: Die Anfragebeantwortung wurde zur Kenntnis genommen.

Punkt Anfrage der FDP-Fraktion bezüglich "Ankauf ehemaliges

31) Bundeswehr-Depot Rheinstraße"

<u>Anmerkung</u>: Die Anfragebeantwortung wurde zur Kenntnis genommen.

Punkt Anfrage der FDP-Fraktion bezüglich "Parken außerhalb

32) ausgewiesener Parkplatzflächen"

Anmerkung: Die Anfragebeantwortung wurde zur Kenntnis genommen.

Punkt Schreiben der Hessischen Staatskanzlei bzgl. Resolution der Stvv.

33) zur Kommunalen Selbstverwaltung und zur Reform des

Kommunalen Finanzausgleiches

Anmerkung: Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

Punkt Schreiben von MdEP Herrn Michael Gahler bzgl. Resolution der

34) Stvv zum Freihandelsabkommen (TTIP)

Anmerkung: Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

Punkt Schreiben von Staatsministerin Puttrich bzgl. Resolution der Stvv

35) zum Freihandelsabkommen (TTIP)

<u>Anmerkung</u>: Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

Punkt Schreiben von MdB Christine Lambrecht bzgl. Resolution der Stvv

36) zum Freihandelsabkommen (TTIP)

Anmerkung: Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

Punkt Information des Hessischen Städtetages bzgl. des

37) Freihandelsabkommen (TTIP)

<u>Anmerkung</u>: Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

Punkt 38)	Magistratsinformation: Informationsveransta Teilplan Erneuerbare Energie"	altung zum "Sachlichen	
Anmerkung: Die Information wurde zur Kenntnis genommen.			
Bensheim, den 10.03.2015			
Ende der Sitzung: 22:26 Uhr			
Stv. Vorst.		Schriftführer	
Stell. Stv. \	Vorst.		